☒	Beschlussvorlage
☐	Ergänzungsvorlage
☐	Mitteilungsvorlage

öffentlich

Produkt	1.05.03.03	Leistungen nach dem AsylbLG
Produktgruppe	1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen
Produktbereich	1.05	Soziale Leistungen

Amt/Geschäftszeichen	Datum	Vorlagenummer
41/klm.	08.09.2015	BV/15/0526

▼ Beratungsfolge	▼ Sitzungstermin
1. Rat	23.09.2015

Tagesordnungspunkt/Betreff

Rahmenvereinbarung zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge - Beitritt der Stadt Lohmar;

hier: Antrag der CDU-Fraktion Lohmar, Eberhard Temme, und der Fraktion Die Grünen Lohmar, Charly Göllner, vom 03.09.2015 sowie Antrag der SPD-Fraktion Lohmar, Uwe Grote, vom 03.09.2015

Beschlussvorschlag

Der Rat begrüßt die Rahmenvereinbarung zur elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen. Aus Rücksicht auf die gut funktionierende interkommunale Zusammenarbeit im Rhein-Sieg-Kreis bei der Erfüllung der Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wird aber auf die Einführung der Gesundheitskarte in der Stadt Lohmar verzichtet und an der bisherigen Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung festgehalten.

Beratungsergebnis					Sitzung am	TOP
☐ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit	☐ ja	☐ nein	☐ Enthaltungen	☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss (Rückseite)

Begründung1. Sachverhalt

Die Anträge sind der Vorlage in Kopie beigelegt (**Anlagen**).

Am 28.08.2015 hat das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) in Abstimmung mit acht Krankenkassen eine Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Gesundheitsversorgung für Asylbewerber/innen getroffen (**Anlage**). Damit besteht die Möglichkeit, die gesundheitliche Versorgung von Asylbewerbern unter Nutzung der elektronischen Gesundheitskarte über die Krankenkassen abzuwickeln. Asylbewerbern wird ermöglicht, eine Ärztin oder einen Arzt ihrer Wahl aufzusuchen, um die notwendige medizinische Versorgung zu erhalten. Es bleibt jeder Kommune überlassen, dieser Rahmenvereinbarung beizutreten.

Die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis haben hinsichtlich der Krankenhilfe zum 01.01.2005 eine „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden über die Erfüllung von Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ (**Anlage**) getroffen. Hierdurch sind die mit der Leistungsabrechnung zusammen hängenden Aufgaben von den Kommunen an den Rhein-Sieg-Kreis übertragen worden. Die Kommunen stellen dabei im Krankheitsfall sog. Krankenscheine zur Vorlage beim Arzt aus. Leistungsempfänger, die sich länger als 36 Monate in Deutschland aufhalten, erhalten keine Krankenscheine, sondern eine elektronische Gesundheitskarte.

In der Hauptverwaltungsbeamten-Konferenz am 11.09.2015 haben sich die Bürgermeister des Rhein-Sieg-Kreises überwiegend gegen die Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge ausgesprochen, um am bisherigen System festzuhalten.

Einen ausführlichen Vergleich zwischen dem aktuellen System im Rhein-Sieg-Kreis und der Rahmenvereinbarung zur elektronischen Gesundheitskarte finden Sie als **Anlage**.

Die besonderen Vorteile der derzeitigen Regelung liegen in folgenden Punkten:

- Solidargemeinschaft, in der mögliche hohe Behandlungskosten in Einzelfällen auf alle Rhein-Sieg-Kreis-Kommunen verteilt werden
- geringe Verwaltungskosten (nur 4 % bzw. 1 %)
- wenig Verwaltungsaufwand bei den quartalsweisen Abschlagszahlungen und der jährlichen Abrechnung

In Vertretung

Peter Madel
Erster Beigeordneter

Anlagen:

Anträge
Rahmenvereinbarung
Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
Tabellarischer Vergleich